
Presserklärung der Bundesdirektorenkonferenz

KMK nach 70 Jahren gescheitert – BDK fordert bundesweite Bildungsgerechtigkeit

Auf ihrer Frühjahrstagung vom 24. bis 26. März 2019 in Berlin beschäftigte sich die BDK mit der Frage „Braucht der Bund mehr Einfluss in der Bildungspolitik?“ Dabei kommt sie zu einem ernüchternden Ergebnis:

Die KMK erhebt den Anspruch,

- „Verantwortung für das Staatsganze“ wahrzunehmen,
- für „Gemeinsamkeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur“ zu sorgen,
- „durch Konsens und Kooperation für die Lernenden“ ein „Höchstmaß an Mobilität“ zu sichern,
- „zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland beizutragen“.

Diesem selbst formulierten Anspruch wird sie erkennbar nicht gerecht:

- Für die Zukunftsaufgabe Digitalisierung geht jedes Bundesland eigene Wege und verschwendet so immense personelle und finanzielle Ressourcen.
- Durch die unterschiedlichen Schulsysteme erleiden Schülerinnen und Schüler beim Umzug in ein anderes Bundesland erhebliche Nachteile.
- Die Rotation der Sommerferien in den allermeisten Bundesländern belastet Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte und behindert die Harmonisierung länderübergreifender Abiturprüfungen.
- Schullaufbahnen und Stundentafeln differieren erheblich, z.B. beim Beginn der zweiten Fremdsprache.
- Schullaufbahnentscheidungen werden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gefällt.
- Die Gestaltung der Oberstufe, die Abiturprüfungen und die Leistungen, die in die Reifezeugnisse eingehen, unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland immer mehr.

Damit verfehlt die KMK ihre Aufgabe, Qualität, Transparenz und Vergleichbarkeit in der Schul- und Bildungspolitik zu gewährleisten.

Unsere Kinder und Jugendlichen haben aber ein Anrecht auf Bildungs- und Ausbildungsgerechtigkeit.

Daher fordert die BDK, als Korrektiv zur KMK eine Instanz auf Bundesebene zu schaffen, die bundesweit gesamtgesellschaftliche Bildungsinteressen vertritt und der KMK verbindliche Aufträge erteilt. Dass der geplante Nationale Bildungsrat diese Aufgabe erfüllen wird, sieht die BDK noch nicht.

Berlin, den 26. März 2019